

TI-AC Kompass für Krisenzeiten

Schwerpunktthema: Wirtschafts-, Finanz- und Budgetpolitik

Ein Virus stellt Europa und die Welt vor neue und ungeahnte Herausforderungen

Anfang des Jahres 2020 beschäftigten uns Themen, wie der zunehmende Protektionismus und Nationalismus, gepaart mit Fragestellungen auf europäischer Ebene zu Green Deal, zum digitalen Sektor, Gleichgewicht von marktwirtschaftlichen und sozialen Fragen. In der EZB stand die Überprüfung der bisherigen geldpolitischen Strategie im Mittelpunkt, Ökonomen rechneten mit einem leichten Konjunkturdämpfer für das erste Halbjahr und prognostizierten für das zweite Halbjahr 2020 sogar wieder ein Wachstum. Drei Monate später stellt die Corona-Pandemie Europa und die Welt vor neue und ungeahnte Herausforderungen und hat eine Zäsur eingeleitet.

Die Mitte März in Kraft getretenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus führen nicht nur in Österreich, sondern europa- und weltweit zu einem synchronen Konjunkturerinbruch. Aus heutiger Sicht lässt sich das Ausmaß noch nicht verlässlich abschätzen. Mit den Modellen lassen sich angesichts des unsicheren Verlaufes der Pandemie, der gesundheitspolitischen Maßnahmen, der wirtschaftspolitischen Instrumente sowie der Präferenzen der ökonomischen Akteure keine seriösen Prognosen erstellen. Die zugrundeliegenden Modellrechnungen basieren auf Szenarien, über deren Eintrittswahrscheinlichkeit wenig bekannt ist, und weisen daher noch große Schwankungsbreiten auf. WIFO und IHS sowie der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostizieren für Österreich einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in einer Bandbreite zwischen 2 % (IHS) und 7 % (IWF)¹. Österreichs Unternehmen sind je nach Branche und auch je nach Bundesland sehr unterschiedlich betroffen. Manche Schätzungen gehen zum Beispiel davon aus, dass der Wertschöpfungsrückgang pro Woche insgesamt bei rund 2,2 Mrd. EUR liegt.

Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen, ausgelöst durch SARS-CoV 2 („Coronavirus“)

¹ Prognose BIP-Rückgang 2020: WIFO: 2,5 %; Europäische Kommission: 5,5 %.

In den meisten Ländern wurden teils drastische Maßnahmen zur Bekämpfung der weiteren Ausbreitung des Virus getroffen, die weitreichende Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Aktivitäten zur Folge hatten. Mit einer Fülle von geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen wird versucht, sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene, den negativen Auswirkungen der Coronakrise entgegenzutreten. Die österreichische Bundesregierung verabschiedete bislang ein finanzielles Maßnahmenpaket im Ausmaß von bis zu 38 Mrd. EUR; darüber hinaus wurden bis zu 5 Mrd. EUR für Kurzarbeit zugesagt. Die Maßnahmen zielen auf eine Stärkung der Liquidität und Solvenz der Unternehmen, eine Unterstützung von Selbstständigen und Unternehmen durch direkte Auszahlungen, eine Abfederung von Einkommensausfällen, den Erhalt des Produktionspotenzials sowie die Stabilisierung der Gesundheitsversorgung.

Wirtschaftspolitische Maßnahmenfelder COVID-19

Grundsätzlich können Unternehmen, die durch die Coronakrise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, in vier Phasen eingeteilt werden, die alle unterschiedlich wirken und entsprechend adressiert werden müssen. In der ersten Phase verzeichnen bzw. verzeichneten viele Unternehmen aufgrund der staatlich verordneten Betriebsschließungen starke Einnahmehausfälle und müssen bzw. mussten parallel dazu weiterhin ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen. Insgesamt führt diese Kombination bei vielen Unternehmen zu einem Liquiditätsengpass. Mit Maßnahmen aus dem staatlichen Corona-Hilfspaket, wie beispielweise Kreditfinanzierungen, Garantieprodukten, Stundungen, Haftungen etc. kann der Liquiditätsverknappung grundsätzlich begegnet werden. Es gibt aber auch Unternehmen, die ihre Ausgaben reduzieren können. Den fehlenden Einzahlungen im Unternehmenssektor stehen aber auch reduzierte Auszahlungen in anderen Sektoren gegenüber. Insgesamt lässt sich vereinfacht festhalten, dass im Wirtschaftssystem eigentlich genug Liquidität vorhanden ist, aber nicht effizient verteilt ist. Um die Liquidität zu stabilisieren, gibt es entsprechende staatliche Lenkungsmaßnahmen. Darüber hinaus hat die EZB dem Markt ein zusätzliches Finanzierungsvolumen von derzeit fast einer Billion Euro zur Verfügung gestellt.

In der zweiten Phase geht es darum, Produktivkapazitäten und Beschäftigte während der Krise im Markt zu halten. Instrumente umfassen dabei Kurzarbeit und Maßnahmen zur Stabilisierung unternehmerischer Infrastruktur. Somit kann die Vernichtung von

volkswirtschaftlichen Ressourcen verhindert werden, indem sichergestellt wird, dass Unternehmen nicht vom Markt verschwinden und qualifizierte Arbeitskräfte nicht gekündigt werden müssen.

In der dritten Phase ist die Herausforderung, Unternehmen zu stabilisieren, die Verluste erlitten haben, die sich negativ auf das Eigenkapital auswirken, und für die somit in letzter Konsequenz sogar aufgrund dieses Kapitalmangels ein Insolvenztatbestand entstehen könnte. Unternehmen, die vor Ausbruch der Coronakrise gesund waren und die aufgrund der außergewöhnlichen Situation einen Verlust erleiden bzw. erlitten haben, aber generell auch in Zukunft weiterhin erfolgreiche Geschäftsmodelle verfolgen, kann durch einmalige Subventionen und Transfers ein Weiterarbeiten ermöglicht werden.

Die vierte und letzte Phase umfasst schließlich alle Instrumente für eine Konjunkturbelebung. Noch ist es dafür aber zu früh, denn im Moment wären die positiven Auswirkungen beschränkt, da Angebot und Nachfrage noch unmittelbaren Beschränkungen unterliegen. Ein Konjunkturpaket sollte erst nach Beendigung der akuten Krisensituation nach Evaluierung der fiskalischen Maßnahmen umgesetzt werden. Ziel ist dann im Gegensatz zu den vorigen Phasen, bei denen zielgerichtete Wirksamkeit der Instrumente wesentlich ist, eine bewusst breite Wirkung über alle Sektoren.

Solidarität muss nicht nur während, sondern auch nach einer Krise im Vordergrund stehen

In der EU wurden auf nationaler Ebene unterschiedlichste Hilfspakete, die sich sowohl in Höhe als auch im Umfang unterscheiden, geschnürt. Während etwa Deutschland bis zu 35 Prozent seiner Wirtschaftsleistung als Hilfsmaßnahmen angekündigt hat, liegt Irland bei 2-3 Prozent und Österreich bei etwa 10 Prozent. Die Länder sind dabei nicht nur wirtschaftlich, sondern auch haushaltspolitisch unterschiedlich aufgestellt. Darüber hinaus sind nicht alle Länder gleichermaßen betroffen, sodass auch auf europäischer Ebene eine Diskussion über gemeinsame supranationale Instrumente der Krisenbewältigung geführt wird. Es zeigt sich, dass je nach Ausrichtung eine in der Vergangenheit stabile Staatshaushaltspolitik nun auf nationaler Ebene zu entsprechenden finanziellen Spielräumen beiträgt. Wirtschaftlich gute Zeiten sind dafür zu nutzen, verantwortungsvoll mit dem Budget umzugehen, um eine solide Haushaltslage zu erreichen, die in herausfordernden Zeiten entsprechende Handlungsoptionen eröffnet.

Auch das ist eine Frage der Solidarität, die eben keine Einbahnstraße sein darf. Die Maßnahmenpakete werden aber jedenfalls zu einem Anstieg der Staatsverschuldung führen, nach Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation muss die Nachhaltigkeit der laufenden Gebarungen (des Budgetsaldos) sichergestellt werden und ein Pfad für eine langfristige Rückführung der Schuldenstände entwickelt werden. Es ist wesentlich, dass der Staat diese exogene, temporäre Störung jetzt entschlossen abfängt, die dadurch entstehenden zusätzlichen Schulden sind aber jedenfalls langsam und konsequent wieder abzubauen.

Wenn der Staat große Beträge unter hohem Zeitdruck ausgibt, muss jedenfalls auch auf die „Treffsicherheit“ der öffentlichen Mittel und eine entsprechende Governance geachtet werden. Die Verteilung von staatlichen Garantien, Zuschüssen und anderen Unterstützungen soll in Krisenzeiten rasch und unbürokratisch erfolgen, wenn dies erforderlich ist, aber gerade dann kommt Transparenz und zeitnahe Kontrolle ein besonderer Stellenwert zu.

Vize-Gouverneur Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber

Kontakt für Rückfragen:

Luca Mak LL.M. (WU)

Geschäftsstellenleiter

E-Mail: office@ti-austria.at